

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Pandemie

Am 2. März 2021 zählten die Malediven 186 Neuansteckungen bei aktuell rund 2500 Infizierten. Seit Februar 2020 haben sich insgesamt knapp 20.000 Menschen angesteckt. 62 sind durch Covid-19 gestorben. Das entspricht einer Sterblichkeitsrate von 0,31 Prozent. Über 500.000 PCR-Tests wurden an Einwohner(innen) und Tourist(inn)en durchgeführt. Testlabore sind in Male und in der Stadt Addu am südlichsten Ende der Malediven vorhanden. Die zuständige Arzneimittelbehörde der Malediven hat den *AstraZeneca*-Impfstoff *Covishield* zugelassen. Im Rahmen seiner „Impfstoff-Diplomatie“ hat Indien den Malediven 200.000 Dosen *Covishield* geschenkt, die zügig verimpft wurden. Bis Ende Februar 2021 wurden bereits einem Viertel der knapp 400.000 Einwohner/-innen die erste Dosis verabreicht. Die Mitarbeiter/-innen der Touristenresorts wurden neben dem medizinischen Personal in die erste Prioritätengruppe für Impfungen aufgenommen.

Das Land hatte im November 2020 von Japan 60 Beatmungsgeräte geschenkt bekommen und selbst weitere 75 beschafft. Diese wurden in den Atoll-Gesundheitszentren und in den Krankenhäusern von Male installiert. Die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Beschaffung durch das Gesundheitsministerium sind bis heute nicht geklärt. Der Gesundheitsminister und zwei Vizegesundheitsminister mussten auf Druck des Parlaments ihren Hut nehmen. Anhängige Verfahren gegen elf Verdächtige sind aber laut einer Beschwerde des Parlaments beim Generalstaatsanwalt noch nicht von der Stelle gekommen.

Ende Januar 2021 verzeichneten die Malediven Rekordzahlen bei den Corona-Neuansteckungen. Der Ruf nach Schließung der Grenzen wurde erneut laut. Führende Politiker der Malediven traten Anfang Februar jedoch dafür ein, die Grenzen und die Schulen keinesfalls wieder zu schließen, sondern sich auf die zügige Impfung aller Einwohner/-innen des Landes zu konzentrieren.

Tourismus

2021 erwarten die Malediven 1,5 Millionen Tourist(inn)en und 10 Millionen Übernachtungen in diesem wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes, der 2019 noch 32,5 Prozent zum Nationalprodukt beitrug. Weltweit liegt der Wert nur in Macau (China) höher (50,2). Selbst im Pandemiejahr 2020 besuchten immer noch 555.000 Tourist(inn)en die Traumstrände der Malediven. Um 10 Millionen Übernachtungen zu erreichen, werden alle in der Tourismusindustrie Beschäftigten mit Priorität geimpft. Tourismusminister Dr. Abdulla Mausoom will den Tourismus mit dem Slogan *Visit, Vaccine and Vacation* bewerben. Man lädt zahlungskräftige Tourist(inn)en ein, die drei bis vier Wochen zwischen zwei Impfungen in den Malediven zu verbringen. Ferner verlangt er vom Parlament, die Höchstdauer eines Touristenvisums über drei Monate hinaus zu verlängern. Ende Januar bewarben sich 65 Firmen um drei neu ausgewiesene Resortinseln (Alidhuffaru, Kudalhaimendhoo und Kunnamela) sowie um 15 Hektar Land für touristische Zwecke auf der bisher rein landwirtschaftlich genutzten Insel Vaikaramuraidhoo.

Innenpolitik

Zentrales innenpolitisches Thema dieser Wochen sind die für den 10. April 2021 angesetzten Kommunalwahlen und die gleichzeitigen Wahlen zu den Frauenentwicklungskomitees der Inseln und der Atolle. Beide Wahlen sollten bereits im April 2020 durchgeführt werden, wurden aber wegen der Pandemie mehrere Male verschoben. Jetzt hat das Gesundheitsministerium ein Konzept erarbeitet, wie trotz Pandemie die Wahlen dennoch durchgeführt werden können. Das Konzept wurde als Gesetz beschlossen, das der Präsident in Kraft setzte. Wahlurnen werden auch in 135 Ferienanlagen aufgestellt, damit die dort beschäftigten Wahlberechtigten ihre Stimmen abgeben können.

Frauenentwicklungskomitees

Zu den Frauenentwicklungskomitees liefert eine Recherche im Internet wenig Informationen

über die Bedeutung, die man ihnen beimisst. Einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms UNDP zufolge organisieren Insel-NGOs mithilfe des UNDP Trainings für Frauen, die sich an den Wahlen zu den Frauenentwicklungskomitees beteiligen wollen. Die Parteien organisieren parteiinterne Vorwahlen, um ihre Kandidatinnen für die Komitees auf den Inseln, Atollen und in Male zu finden. Die ersten Komitees wurden ab 1982 als Inselkomitees gegründet. Zunächst bewirteten sie Politiker und nationale Würdenträger bei Inselbesuchen. Ihre Mitglieder wurden von den einflussreichen Männern der 19 Atolle ausgewählt. Sie übernahmen karitative Aufgaben, organisierten die Sauberhaltung der Inseln sowie die Fürsorge für behinderte Kinder. Die Frauenentwicklungskomitees haben seither an Bedeutung bei der Entwicklung der Inseln zugenommen. Sie werden seit 2010 von der weiblichen Bevölkerung der Inseln gewählt und sind zur wichtigen Stimme bei Entwicklungsvorhaben geworden – etwa in den Bereichen Wasser, Elektrizität, Gesundheit, Hafenausbau oder Uferbefestigungen. Mittlerweile haben sie sich auch zu Anlaufstellen bei Gewalt gegen Frauen entwickelt, die im UN-Menschenrechtsbericht von 2015 als eines der gravierendsten Sozialprobleme auf den Malediven beschrieben wird.

Kommunalwahlen und politisches Tableau

Die anstehenden Kommunalwahlen sind die letzten nationalen Wahlen vor den Präsidentschaftswahlen 2023. Die Gewinnerpartei wird das Ergebnis als Rückenwind für diese Wahlen nutzen, schreiben die Beobachter des indischen Think Tanks *Observer Research Foundation* in Neu-Delhi Ende Januar 2021. Je nach Ausgang halten sie eine politische Kurskorrektur der regierenden Mehrheitspartei *Maledivian Democratic Party* (MDP) für möglich, da man sich in der Mitte der Legislaturperiode befindet. Insbesondere die Frage der Allianzbildung könnte sich neu stellen. Nach seinem Wahlsieg 2018 hatte Präsident Solih von der MDP die Ressorts der Regierung mit Ministern von drei befreundeten Parteien geteilt. Bei den Parlamentswahlen 2019 entschied die MDP mit ihrem Vorsitzenden Mohamed Nasheed, ohne Koalitionsaussage anzutreten. Sie gewann 65 der 87 Mandate. Im Februar dieses Jahres kam es zum ersten Treffen der Parteiführer der gegenwärtigen Regierungsalianz mit dem Präsidenten. Die befreundeten

Parteien, *Jumhooree Party*, *Maumoon Reforms Movement* (MRM) und *Adhaalath Party*, drängen auf eine Mandatsteilung der Parteien der Allianz bei den Kommunalwahlen. Der frühere Präsident und jetzige Parlamentssprecher Mohamed Nasheed scheint gegen diese Arbeitsteilung einzutreten. Er hat als Parteivorsitzender den erwähnten erfolgreichen Alleingang der MDP bei den Parlamentswahlen 2019 durchgesetzt. Die indischen Beobachter glauben, Präsident Solih könnte bei den Kommunalwahlen zur Allianz neigen, weil er sich davon bessere Wiederwahlchancen bei der Präsidentschaftswahl in 2023 verspricht.

Streitigkeiten in der Allianz

Im Hintergrund brodeln Streitigkeiten innerhalb der Allianz, die etwa bei der Entmachtung des Technologieministers, der der *Jumhooree Partei* angehört, an die Oberfläche traten. Das Parlament, völlig in der Hand der MDP und damit von Mohamed Nasheed als Parteivorsitzendem, hatte ihn am 10. Februar mit einer Mehrheitsresolution abgesetzt, weil er es versäumt hatte, die Kommunikationsindustrie zu regulieren und den Internetzugang zu verbilligen. Präsident Solih muss nun seinen Freund, Verwandten und politischen Mentor Mohamed Nasheed von der politischen Tragfähigkeit einer Allianz überzeugen. Die alliierten Parteien andererseits wollen nicht nur ein Arrangement zur Mandatsteilung bei den Kommunalwahlen, sondern vor allem wissen, mit wem sie in die Präsidentschaftswahl 2023 ziehen. Falls nicht mit der MDP und Solih, brauchen sie Zeit, um sich anders zu orientieren. Der indische Think Tank spekuliert, sie könnten sich in diesem Falle mit der *Progressive Party of the Maldives* (PPM) verbünden, der Partei des früheren Präsidenten Abdulla Yameen. Sie könnten ihm, der wegen Korruption für fünf Jahre inhaftiert ist, im Falle eines Wahlsieges die vorzeitige Entlassung in Aussicht stellen.

Einstweilen herrscht also Wahlkampf. Die MDP-Regierung kommuniziert Erfolge, die insbesondere für die Bevölkerung und die Gemeinden relevant sind. Bei Wahlkampagnen betont Präsident Solih etwa die Bedeutung der finanziellen Unterstützung für bedürftige Familien, alleinerziehende Eltern und Senioren aufgrund von Einkommensausfällen wegen der Pandemie. Die Zuschüsse haben geholfen, den Hunger zu vermeiden. Bei einer

Ansprache vor dem nationalen Parteikonvent der MDP gab Präsident Solih seiner Überzeugung Ausdruck, dass die MDP bei den Kommunalratswahlen einen überzeugenden Sieg mit bis zu 80 Prozent der Mandate erringen werde.

Polizeireformgesetz

Ein dem Parlament vorliegendes Polizeireformgesetz der Regierung erhitze die Gemüter. Der Entwurf reduziert die Zugriffsmöglichkeiten der Polizei. In der Zeit der Vorgängerregierung hatte sich bereits großes Misstrauen gegenüber der Unparteilichkeit der Polizei bei den Parlamentarier(inne)n gebildet. Nicht wenige waren inhaftiert und sind misshandelt worden. Auch die Opposition ist unzufrieden. Die Polizei verhaftete Ende Januar 18 teils führende Mitglieder von Oppositionsparteien im Zusammenhang mit einer Demonstration vor dem Hauptquartier der Polizei. Der Führer der größten Oppositionspartei, Gassan Maumoon von der *Progressive Party of the Maldives* (PPM), drohte den gegenwärtig Regierenden, nicht etwa der Polizei, sie würden die Konsequenzen ihres Handelns noch zu spüren bekommen.

Der oberste Polizist des Landes, Mohamed Hassan, schwor der Öffentlichkeit, mit der gegenwärtigen Polizeiführung werde es zu keinem Polizeicoup gegen die Regierung kommen. Man habe die Lektionen der Vergangenheit gelernt. Dennoch wollen Parlamentarier/-innen der MDP, darunter auch Parlamentssprecher Mohamed Nasheed, sicherstellen, dass willkürliche, politisch motivierte Verhaftungen nicht mehr vorkommen können. Er selber war 2012 betroffen. Im Januar 2018 wurden zwei Richter des Obersten Gerichtshofs durch die Polizei verhaftet, nachdem sie die Entlassung wichtiger politischer Gegner des damaligen Präsidenten Yameen angeordnet hatten. Anweisungen des Präsidentsamtes an den Generalstaatsanwalt und die Polizeiführung zur Verhaftung von Oppositionellen sollen künftig nicht mehr möglich sein. Während sich das Parlament mit diesem Entwurf der Regierung zur Polizeireform befasst, führt das Parlament Klage gegen den Generalstaatsanwalt, dass Gesetzesvorlagen der Regierung dem Parlament nicht zugeleitet werden. Das Parlament musste sein Arbeitstempo reduzieren. In dieser Sitzungsperiode sollen 33 Gesetze beschlossen werden, 15 stehen noch aus.

Wirtschaft und Finanzen

Voraussichtlich wird die vollständige Impfung der Bevölkerung in wenigen Monaten abgeschlossen sein, sodass die bisherige Attraktivität der Malediven für den globalen Tourismus bald wiederhergestellt sein wird. Auf dieser Voraussetzung bauen die Angaben zum Wirtschaftswachstum vom britischen *Economist* auf. Dieser geht mit Verweis auf die Bedeutung des Tourismus für die maledivische Wirtschaft von einem Wachstum von 23,2 Prozent in 2021 aus. 2020 betrug der Konjunkturerbruch 29,5 Prozent. Im November 2020 hatte das Parlament für 2021 einen Haushalt in Höhe von 1,8 Milliarden Euro beschlossen, bei Einnahmen von 1,14 Milliarden Euro und einem Defizit von 664 Millionen Euro. Dies entspricht 18,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Landes. Präsident, Finanzminister und Parlament sprachen von einem mutigen Haushalt, man werde sich von der Pandemie nicht unterkriegen lassen.

Schulden

Die Gesamtschulden der öffentlichen Hand (einschließlich der staatlich garantierten Privatschulden) im Verhältnis zum BIP liegen laut den Daten des Finanzministeriums zu hoch. Für Euro-Länder wird die Schuldengrenze bei 60 Prozent des BIP gesehen, bis zu der ein nachhaltiges, tragbares Verschuldungsniveau vertretbar ist. Für die Malediven lag dieser Wert im 3. Quartal 2020 bei 138 Prozent, davon 66 Prozent Auslandsschulden. Natürlich ist dieser hohe Prozentsatz dem Rückgang des BIP in 2020 um fast ein Drittel der Pandemie und dem Einbruch des Tourismus geschuldet (von 4,7 auf 3,1 Milliarden Euro). Bitter ist der hohe Anteil der Auslandsschulden, besonders bei der chinesischen Import-Export-Bank, für die der Staat eine Garantie abgegeben hat. Dieser Anteil liegt bei 26 Prozent des BIP. Die Vorgängerregierung des Präsidenten Abdulla Yameen (2013-2018) erhöhte die Attraktivität für Auslandsinvestoren, indem seine Regierung Auslandsinvestitionen absicherte. Noch im Jahr 2019, nach seiner Amtszeit, erreichten die Auslandsinvestitionen 3,7 Milliarden US-Dollar. In 2020 betrug sie nur noch 300 Millionen US-Dollar – vor allem wegen der Pandemie, aber auch wegen einer solideren Finanzpolitik. Alleine bei China stehen die Malediven mit 3,5 Milliarden US-Dollar

in der Kreide. China hat glücklicherweise, wie alle anderen G20-Länder auch, bis Juni 2021 ein Schuldenmoratorium ausgesprochen. Schuldendienste an staatliche Gläubiger werden erst ab Juli dieses Jahres wieder gezahlt werden müssen. Es besteht die Hoffnung, dass der Termin nochmals verschoben wird. Parlamentssprecher Mohamed Nasheed, Architekt der außenpolitischen Abwendung von China und Rückbindung an Indien, bat in dieser Situation in seiner Neujahrsansprache am 1.1.2021 die chinesische Regierung um günstigere Rückzahlungsbedingungen.

Leider beteiligen sich die privaten Gläubiger nicht an diesem Moratorium. Der maledivische Staat hat in den letzten Jahren Anleihen auf die Landeswährung mit unterschiedlichen Fälligkeiten in 2021 und 2022 in Höhe von 1,05 Milliarden Euro verkauft sowie eine 250 Millionen US-Dollar-Anleihe mit 7 Prozent verzinst, die im Juni 2022 fällig wird. Die Ratingagenturen *Fitch* und *Moody's* haben den Anleihen den Status von *Junk Bonds* (B3/CCC, Ramschpapiere) zuerkannt, mit negativem Ausblick. Zum Glück hat Indien dem Land bereits 2018, also vor der Pandemie, eine Kreditlinie von 800 Millionen US-Dollar eingeräumt. Die Regierung hofft, dass die für 2020-21 von Indien und Japan vergebenen zusätzlichen Pandemiekredite und Zuschüsse ausreichen werden, die Zahlungsfähigkeit des Landes sicherzustellen.

Außenpolitik

Vielleicht kommt die Erlösung von den drückenden Schuldenlasten aus einer anderen Richtung. Präsident, Außenminister und Parlamentssprecher der Malediven haben am 21. Februar den indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar in Male empfangen. Laut Tweet von Parlamentssprecher Nasheed wurden alle wichtigen Themen besprochen, auch Schulden und regionale Sicherheit. Das war zwei Tage nach einer Telefonkonferenz der Außenminister der USA, Japans, Australiens und Indiens zur Reaktivierung des *Quadrilateral Security Dialogues* (Quad), ein 2007 vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush aus der Taufe gehobenes Verhandlungsformat zur Sicherheitszusammenarbeit der wichtigsten Demokratien im Indo-Pazifischen Raum. Außenpolitiker der Trump-Regierung er-

warteten von dem Quad-Dialog eine NATO-ähnliche Entwicklung. Die Außenpolitik der Regierung Biden will diesen Ansatz zur Sicherheitskooperation im Indo-Pazifik fortsetzen und erweitern. Die vier Länder wollen sich mindestens einmal pro Jahr auf Ministerebene treffen und auf hoher Ebene Kooperationen vereinbaren, um die Freiheit und Offenheit der indo-pazifischen Region, territoriale Integrität sowie Freiheit der Schifffahrt und des Handels abzusichern. Ein Treffen der Staatschefs ist in Planung. Der global agierende Think Tank *Rand Corporation* bezeichnet Chinas Expansionsismus unter seinem Staatschef Xi Jinping als den zentralen Treiber von Quad.

Ambivalenzen der US-Außenpolitik

Noch im November 2020 hatte US-Außenminister Mike Pompeo die Malediven besucht, um die im September zuvor getroffenen Vereinbarungen zur Sicherheit und Zusammenarbeit der USA mit den Malediven zu bekräftigen und dem strategisch bedeutsamen Archipel einen Platz am Debattentisch dieses Clubs anzubieten (Heft 3-2020). Das politische Magazin *Frontline* aus Neu-Delhi zeigt sich überzeugt, dass die USA ihren Hybridkrieg gegen China verstärken wollen. Zu diesem Zweck wird eine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit mit Indien, Australien und vor allem Japan angestrebt. Länder wie Südkorea, Taiwan und andere sollen einbezogen werden. Es ist davon auszugehen, dass die Malediven im Interesse des Landes die Quad-Länder unterstützen. Die Sicherheitskooperation im Rahmen von Quad steht jedoch gleichzeitig vor dem Problem, dass die genannten Länder nicht nur mit den USA verbündet sind. Sie haben ebenso vielfältige, insbesondere wirtschaftliche Beziehungen mit China. Im Falle der Malediven sind dies erhebliche Investitionen Chinas in die maledivische Infrastruktur und der daraus resultierende Schuldenberg. Länder wie Myanmar, Malaysia oder Kambodscha betrifft dies in ähnlichem Maße. Außerdem haben sich alle an China vertraglich gebunden, als Teil einer Freihandelsgemeinschaft, der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP), die 2020 unterzeichnet wurde. Indien hat sich der chinesischen Umgarnung, dieser Freihandelszone beizutreten, entzogen. Die Malediven sind ebenfalls nicht beigetreten.